

GEW Landesverband Brandenburg · PF 60 07 63 · 14407 Potsdam

Ministerium für Bildung, Jugend
und Sport des Landes Brandenburg
Frau Ministerin Britta Ernst
Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Vorsitzender

**GEW
Landesverband Brandenburg**

Postfach 60 07 63
14407 Potsdam
Alleestraße 6a
14469 Potsdam

Zentrale 0331 27184 0
Fax 0331 27184 30
info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

BBBank eG
DE 31 6609 0800 0000 7888 72

Potsdam, d. 23.11.2021

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

im Namen der GEW Brandenburg möchte ich mich mit Nachdruck an Sie wenden und Sie auffordern, neben Ihrer Verantwortung für die Organisation schulischer Bildung auch Ihrer Verantwortung für die Gesundheitsfürsorge für die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in den Schulen des Landes Brandenburg gerecht zu werden.

Die pandemische Situation in den Schulen des Landes Brandenburg ist mehr als besorgniserregend, sie ist außer Kontrolle geraten. Sie haben immer als zuständige Bildungsministerin und zugleich in Ihrer Funktion als Präsidentin der Kultusministerkonferenz vehement das Offenbleiben der Schulen vertreten und eingefordert. Jedem musste klar sein, dass ein Offenhalten der Schulen in der Pandemie nur dann möglich und verantwortbar ist, wenn die notwendigen Maßnahmen zur Prävention umfassend gewährleistet und abgesichert sind. Weder wurden durch Ihr Ministerium bzw. die Landesregierung alle Maßnahmen zur gesundheitlichen Prävention rechtzeitig und umfassend veranlasst, noch wurden die notwendigen inhaltlichen Vorkehrungen und deren personelle Absicherung für die zu erwartenden Einschränkungen der Bildungsangebote in der Pandemie den Schulen frühzeitig und transparent zur Verfügung gestellt. Die Politik des „Augen zu und durch!“ gefährdet die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte gleichermaßen.



GEW-Medien GmbH
medien@gew-brandenburg.de

In der Pressemitteilung des MBS über das „Sechste Schreiben zur Organisation des Schuljahres 2021/22“ wird suggeriert, dass neben personellen Maßnahmen zur Absicherung des Unterrichts auch spürbare Entlastungen für die Arbeit der Lehrkräfte und der an Schulen Tätigen getroffen werden. Weder werden durch die von Ihrem Ministerium angeordneten Maßnahmen bzw. angeregten Empfehlungen dringend benötigte personelle Unterstützungen zur Absicherung der Unterrichtsangebote ausgelöst noch werden die Lehrkräfte und die an Schule Beschäftigten spürbar entlastet. Das o. g. Schreiben zeugt von einer Unkenntnis der Lage in vielen Schulen und lässt zugleich jede Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten in den Schulen vermissen. Das Gegenteil ist der Fall! Statt Wertschätzung und Entlastung zu empfinden, fühlen sich die Lehrkräfte alleingelassen und getäuscht. Es ist nicht nachvollziehbar und inakzeptabel, dass nach über einem Jahr des Andauerns einer pandemischen Situation noch immer die Verantwortung nicht wahrgenommen, die Maßnahmen zu spät und inkonsequent getroffen und auf die Schulen, Eltern und Lehrkräfte abgewälzt werden. Mit diesem Politikverständnis wird man weder die Pandemie wirksam bekämpfen und eindämmen noch wird man die unverzichtbare Akzeptanz für politische Entscheidungen und gemeinsames Handeln erzeugen können.

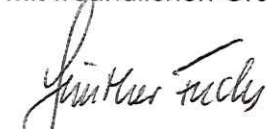
Die GEW Brandenburg erwartet, dass das „Sechste Schreiben zur Organisation des Schuljahres 2021/22“ durch das Ministerium zurückgezogen und durch einen Maßnahmenkatalog wirksamer präventiver Maßnahmen mit spürbaren Entlastungen für das pädagogische Personal verbunden mit einer Wertschätzung der Arbeit aller Beschäftigten an den Schulen ersetzt wird. Es ist längst überfällig, dass die Wertschätzung der Arbeit in den Schulen nicht nur als rhetorische Floskel und ohne Empathie in Anwendung gebracht wird, sondern durch sinnvolle und nachvollziehbare Maßnahmen begleitet und unterstützt wird. Eine Verlängerung der Weihnachtsferien ist nur dann eine sinnvolle Maßnahme, wenn die dadurch gewonnene Zeit effektiv genutzt wird, um die notwendigen Voraussetzungen für die Absicherung der präventiven Maßnahmen für eine offene und sichere Schule zu Beginn des neuen Kalenderjahres zu schaffen. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Schulen in absehbarer Zeit den sogenannten „Regelbetrieb“ gewährleisten können und werden.

Wenn Sie immer wieder formulieren, dass Schulen sichere Lernorte sind, dann gilt dies nicht für die Gesundheit. Sicher ist nur, dass die Ansteckungsgefahr hoch ist. Als zuständige Ministerin für den Bildungsbereich im Land Brandenburg tragen Sie die Verantwortung und sind dafür zuständig, dass alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz aller an Schule Beteiligten getroffen und konsequent administriert werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen und bis in das zweite Halbjahr des laufenden Schuljahres hineinwirkenden dramatischen Situation der Pandemie bekräftigt die GEW Brandenburg noch einmal ihre grundlegenden Positionen zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsangebote, die Ihnen seit langer Zeit bekannt sind. Dazu gehören insbesondere:

1. die sofortige Einführung der täglichen Tests für alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte und eine Aussetzung des Präsenzunterrichts für die Schulen, wo dies nicht gewährleistet ist,
2. sofortige Impfangebote für alle Beschäftigten in den Schulen für eine dritte Impfung,
3. Maßnahmen zur Reduzierung der Stundentafeln und die Vorgabe eines Kerncurriculums,
4. sofortiges Aussetzen aller Maßnahmen und Veranstaltungen an den Schulen, die nicht direkt der Absicherung der Unterrichtsangebote dienen,
5. keine weiteren Mehrbelastungen der Lehrkräfte durch ein Nebeneinander von Präsenzunterricht und Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Distanzlernen,
6. wirksame Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Günther Fuchs
Landesvorsitzender der GEW Brandenburg